

Stand: 30.01.2026 12:42:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9820

"Mercosur-Abkommen verhindern - Bayerische Landwirte und südamerikanische Ökosysteme vor negativen Auswirkungen der Freihandelsverträge schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9820 vom 29.01.2026



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Mercosur-Abkommen verhindern – Bayerische Landwirte und südamerikanische Ökosysteme vor negativen Auswirkungen der Freihandelsverträge schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in allen relevanten Gremien der Europäischen Union, insbesondere im EU-Parlament, gegen die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens einzusetzen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, auf eine Nachverhandlung des Abkommens hinzuwirken, insbesondere des Teils, der die Landwirtschaft betrifft. Es soll so sichergestellt werden, dass alle Importe aus Mercosur-Staaten den strengen Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzstandards der EU und Deutschlands entsprechen.

Begründung:

Das EU-Mercosur-Abkommen, das nach über 25 Jahren Verhandlungen nun auf dem Weg zur Ratifizierung durch das EU-Parlament ist, stellt eine massive Bedrohung für die bayerische Landwirtschaft und die gesamte regionale Wirtschaft dar. Bayern als Agrarland mit einer starken Tradition in Milchproduktion, Viehzucht und Gemüseanbau würde durch den Zollabbau und die Freigabe von Quotenimporten (z. B. 99 000 t Rindfleisch und ähnlicher Produkte jährlich) mit unfairer Konkurrenz konfrontiert. Importe aus Mercosur-Staaten wie Brasilien und Argentinien unterliegen oft laxen Standards: Hormone und Antibiotika im Fleisch, in der EU verbotene Pestizide in Getreide und Soja, Einsatz von Gentechnik im Pflanzenbau sowie niedrige Standards bei den Arbeitsbedingungen ermöglichen Dumpingpreise, bei denen bayerische Produzenten nicht mithalten können.

Dieses Freihandelsabkommen würde nicht nur Tausende Arbeitsplätze in der bayerischen Landwirtschaft gefährden – Schätzungen des Bayerischen Bauernverbands gehen von einem Umsatzverlust von bis zu 800 Mio. Euro pro Jahr aus, davon ca. 300 Mio. Euro allein in der Rindfleisch- und Milchproduktion.

In Bayern, das 25 Prozent der deutschen Milchproduktion (ca. 10 Mrd. Liter jährlich) und 20 Prozent der Rindfleischproduktion (ca. 150 000 Tonnen jährlich) abdeckt, könnte der Marktanteil für regionale Produkte um 10 bis 15 Prozent sinken, was zu einer Reduzierung von bis zu 5 000 Vollzeitäquivalenten in der Landwirtschaft führen könnte.

Innerhalb der EU herrscht mehrheitlich Konsens, dass der sog. Klimaschutz allererste Priorität hat. Dieses Abkommen aber konterkariert alle diese Bemühungen. Die Abholzung des Amazonas-Regenwalds, „die grüne Lunge der Welt“, für Rinder- und Sojaproduktion würde durch das Abkommen beschleunigt, was auch den globalen CO₂-Ausstoß steigert – Schätzungen von Greenpeace deuten auf einen zusätzlichen Ausstoß von 10 bis 15 Millionen t CO₂-Äquivalent pro Jahr durch gesteigerte Importe hin.

Die im Abkommen vorgesehenen „Schutzklauseln“ sind unzureichend und nicht durchsetzbar, wie Kritiker aus Umweltschutzorganisationen betonen. Es bleibt offen, wie schnell und effektiv diese Kontrollmechanismen in der Praxis greifen.

Österreich, Ungarn, Frankreich, Polen und Irland lehnten das Abkommen in der vorliegenden Form ab – vor allem wegen der massiven Risiken für die heimische Landwirtschaft.

Das Abkommen ist ein weiteres Beispiel für die EU als „Diktat der Globalisten“, die nationale Souveränität und den Schutz eigener Bürger opfert. In Bayern, wo die Landwirtschaft 3,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmacht und über 200 000 Menschen beschäftigt, darf kein „Sozial- und Umweltdumping“ aus Südamerika die Existenzgrundlage unserer Bauern zerstören.

Die Bauernproteste gegen Mercosur, wie sie in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, aber auch in den Nachbarländern, mit Blockaden und Demonstrationen stattfanden, zeigen die Dringlichkeit. Die Staatsregierung muss sofort handeln, um Bayerns Interessen zu wahren und eine faire Nachverhandlung zu erzwingen. Eine Ablehnung im EU-Parlament könnte den EU-Ratifizierungsprozess verzögern und zu besseren Bedingungen für unsere heimischen Landwirte führen.